

# BEITRAGS- UND GEBÜHRENSATZUNG ZUR ENTWÄSSERUNGSSATZUNG DER STADT AUGSBURG (BGSE)

vom 03.12.2014 (ABl. vom 12.12.2014, S. 306)

Auf Grund von Art. 2, 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Stadt Augsburg folgende Satzung:

## Erster Teil

### Beiträge

#### § 1 Beitragserhebung

Die Stadt Augsburg erhebt zur Deckung ihres Aufwandes für die Herstellung der öffentlichen Entwässerungseinrichtung (§ 1 Entwässerungssatzung) innerhalb des Betriebsgebietes (§ 23) einen Beitrag.

#### § 2 Beitragstatbestand

Der Beitrag wird für bebaute, bebaubare, gewerblich genutzte oder gewerblich nutzbare Grundstücke erhoben sowie für Grundstücke und befestigte Flächen, die keine entsprechende Nutzungsmöglichkeit aufweisen, auf denen aber tatsächlich Abwasser (§ 3 Nr. 1 Entwässerungssatzung) anfällt, wenn

1. für sie nach § 4 Entwässerungssatzung ein Recht zum Anschluss an die Entwässerungseinrichtung besteht,
2. sie an die Entwässerungseinrichtung tatsächlich angeschlossen sind, oder
3. sie aufgrund einer Sondervereinbarung nach § 7 Entwässerungssatzung an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen werden.

#### § 3 Entstehung des Beitragsanspruches

- (1) <sup>1</sup> Der Beitragsanspruch (§ 5 Abs. 1) entsteht im Falle des
1. § 2 Nr. 1, sobald das Grundstück an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen werden kann,
  2. § 2 Nr. 2, sobald das Grundstück an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen ist,
  3. § 2 Nr. 3 mit Abschluss der Sondervereinbarung.

<sup>2</sup> Für Grundstücke in Umlegungsgebieten entsteht im Falle Nr. 1 der Anspruch erst nach Rechtskraft des Umlegungsbeschlusses. <sup>3</sup> Wird erstmals eine wirksame Satzung erlassen und ist der Beitragstatbestand vor dem Inkrafttreten dieser Satzung erfüllt, entsteht der Beitragsanspruch erst mit Inkrafttreten dieser Satzung.

(2) <sup>1</sup> Ändert sich nachträglich die Grundstücks- bzw. die Geschossfläche (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 Satz 7) oder erhöht sich das Regenwassereinleitungsrecht mit der Vergrößerung der in die Einrichtung abflussrelevanten Fläche und hat dies beitragsrechtliche Auswirkungen (§ 5 Abs. 2), entsteht ein entsprechender Beitragsanspruch mit Abschluss der Maßnahme (Nacherhebungstatbestand). <sup>2</sup> Erhöht sich nachträglich durch Bebauung oder Nutzungsänderung die beitragsrechtlich relevante Geschossfläche (§ 5 Abs. 3), entsteht ein weiterer Beitragsanspruch in dem Umfang der Flächenmehrung bei Bezugsfertigkeit (Wohnnutzung) bzw. gewerblicher Nutzbarkeit (Nacherhebungstatbestand). <sup>3</sup> Vor dem 01.01.1973 im ehemaligen Stadtgebiet Augsburg ohne die Ortsteile Haunstetten, Göggingen, Bergheim, Inningen und St.-Anton-Siedlung errichtete und danach entfernte Geschossflächen werden im Falle einer erneuten Bebauung mit der Fläche in Abzug gebracht, die sich für einen Beitragsanspruch nach der Beitrags- und Gebührensatzung in der Fassung vom 20.12.1996 ergeben hätte, sofern die entsprechenden Grundstücke zum 01.01.1973 an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen waren.

#### § 4 Beitragsschuldner

<sup>1</sup> Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens des Beitragsanspruches (§ 3) Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigter ist. <sup>2</sup> Mehrere Beitragsschuldner sind Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

#### § 5 Beitragsmaßstab

(1) Der Beitrag wird nach der Grundstücks- (2) und Geschossfläche der vorhandenen Gebäude (3) berechnet.

(2) <sup>1</sup> Bei anschließbaren Grundstücken, von denen nach den einschlägigen Vorschriften (Bebauungspläne, Entwässerungssatzung) Niederschlagswasser (§ 3 Nr. 1 Satz 1 Entwässerungssatzung) in die Entwässerungseinrichtung eingeleitet werden darf, wird der Grundstücksflächenbeitrag wie folgt berechnet:

1. <sup>1</sup> Grundstücke im Geltungsbereich eines Bebauungsplans sind mit der gesamten Fläche beitragspflichtig, sofern von allen dafür in Frage kommenden bebauten oder befestigten Flächen Niederschlagswasser in die Einrichtung eingeleitet

werden darf. <sup>2</sup> Beschränkt sich das in Abs. 2 Satz 1 erwähnte Einleitungsrecht auf einen Grundstücksteil, so ist die Grundstücksfläche nur mit dem Vom-Hundert-Satz beitragspflichtig, der dem Anteil der Summe der in die Entwässerungseinrichtung abflussrelevanten bebauten und/oder befestigten Flächen an der bebaubaren Grundstücksfläche entspricht. <sup>3</sup> Die bebaubare Grundstücksfläche ergibt sich aus der Multiplikation der Grundstücksfläche mit der im Bebauungsplan festgesetzten Grundflächenzahl (GRZ), sofern ein gültiger oder in Aufstellung begriffener Bebauungsplan die entsprechende Festsetzung enthält. <sup>4</sup> Fehlt ein Bebauungsplan oder die entsprechende Festsetzung, ergibt sich die Grundflächenzahl nach Satz 3 aus der durchschnittlichen Zahl, die in der näheren Umgebung nach § 34 BauGB gemäß der vorhandenen Bebauung ermittelt wird. <sup>5</sup> Lässt sich auf diese Weise keine Grundflächenzahl ermitteln, beträgt die GRZ 0,8. <sup>6</sup> Wird ein nach Satz 2 reduziert beitragspflichtiges Grundstück im nachhinein geteilt, entstehen Nacherhebungstatbestände (§ 3 Abs. 2), sofern eine Neuberechnung zu höheren Grundstücksflächenbeiträgen führt. <sup>7</sup> Die bereits beitragspflichtige Grundstücksfläche wird im Größenverhältnis der neu gebildeten Flächen auf den neu berechneten Grundstücksflächenbeitrag angerechnet. <sup>8</sup> Nacherhebungstatbestände (§ 3 Abs. 2) entstehen auch, wenn Grundstücke im nachhinein Niederschlagswasser in die Entwässerungseinrichtung einleiten dürfen.

2. <sup>1</sup> Bei Grundstücken in unbeplanten Gebieten sowie im Außenbereich, die kleiner als 2.500 m<sup>2</sup> sind, richtet sich die Berechnung des Grundstücksflächenbeitrags nach Nr. 1 (Grundstücke im Geltungsbereich eines Bebauungsplans). <sup>2</sup> Sind die Grundstücke in unbeplanten Gebieten sowie im Außenbereich größer als 2.500 m<sup>2</sup>, wird die beitragspflichtige Grundstücksfläche auf das dreifache der beitragspflichtigen Geschossfläche (3), mindestens jedoch auf 2.500 m<sup>2</sup>, begrenzt, sofern von allen dafür in Frage kommenden bebauten oder befestigten Flächen Niederschlagswasser in die Einrichtung eingeleitet werden darf. <sup>3</sup> Beschränkt sich dagegen das in Abs. 2 Satz 1 erwähnte Einleitungsrecht auf einen Grundstücksteil, so wird die beitragspflichtige Grundstücksfläche nach Nr. 1 Sätze 2 - 8 berechnet (Grundstücke im Geltungsbereich eines Bebauungsplans). <sup>4</sup> Der Grundstücksflächenbeitrag nach Nr. 2 Satz 2 darf jedoch nicht überschritten werden. <sup>5</sup> Werden nach einer Grundstücksteilung aus einem nach Satz 2 reduziert beitragspflichtigen Grundstück (übergroße Grundstücke) Grundstücke unter 2.500 m<sup>2</sup> gebildet, entstehen Nacherhebungstatbestände (§ 3 Abs. 2). <sup>6</sup> Die zuvor für das Gesamtgrundstück reduziert beitragspflichtige Grundstücksfläche wird im Größenverhältnis der neu gebildeten Flächen auf die neu errechnete Grundstücksfläche (Satz 1) angerechnet. <sup>7</sup> Nacherhebungstatbestände (§ 3 Abs. 2) entstehen auch, wenn sich bei übergroßen Grundstücken (Satz 2) nachträglich die beitragspflichtige Geschossfläche ändert oder ein Grundstück im nachhinein Niederschlagswasser in die Entwässerungseinrichtung einleiten darf (Sätze 1-4).
- (3) Ein Geschossflächenbeitrag fällt für bebaute (Nr. 1) und unbebaute Grundstücke (Nr. 2) an.
  1. <sup>1</sup> Die Geschossflächen bebauter Grundstücke werden für wohn- und anders genutzte Grundstücke in allen Vollgeschossen nach den Außenmaßen der Gebäude ermittelt, sofern die Gebäude oder selbständigen Gebäudeteile nicht nach Satz 8 beitragsfrei sind. <sup>2</sup> Vollgeschosse sind Geschosse, die vollständig über der natürlichen oder festgelegten Geländeoberfläche liegen und über mindestens zwei Drittel ihrer Grundfläche eine Höhe von mindestens 2,30 m haben; als Vollgeschosse gelten Kellergeschosse, deren Deckenunterkante im Mittel mindestens 1,20 m höher liegt als die natürliche oder festgelegte Geländeoberfläche. <sup>3</sup> Nicht unter Satz 1 fallende Kellergeschosse werden nach den Außenmaßen nur in dem Umfange herangezogen, in dem ihr Ausbauzustand einen dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt von Menschen (z.B. Wohn-, Hobby- oder Hauswirtschaftsräume jeweils einschließlich der vorgesehenen Verkehrsflächen) oder eine gewerbliche Nutzung erlaubt. <sup>4</sup> Dachgeschosse, die nicht unter Satz 1 fallen, werden nur herangezogen (mit den Außenmaßen), soweit sie ausgebaut sind. <sup>5</sup> Dabei zählt – insbesondere bei Satteldächern - die Giebelseite nur mit 2/3 der Breite. <sup>6</sup> Bei Walmdächern kommt auch die Traufseite nur mit 2/3 zum Ansatz. <sup>7</sup> Balkone, Loggien, Terrassen und ähnliche Bauteile bleiben außer Ansatz. <sup>8</sup> Gebäude oder selbständige Gebäudeteile, die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die Entwässerungseinrichtung (Schmutzwasserableitung) auslösen oder nicht angeschlossen werden dürfen, werden nicht zum Geschossflächenbeitrag herangezogen; das gilt nicht für Gebäude oder selbständige Gebäudeteile, die tatsächlich angeschlossen sind (Schmutzwasserableitung).
  2. <sup>1</sup> Bei unbebauten aber bebaubaren Grundstücken sowie bei Grundstücken, für die eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung zulässig ist, wird die Geschossfläche aus 3/10 der Grundstücksfläche (Abs. 2) berechnet, sofern ein entsprechendes Bauvorhaben ausgeführt werden kann (fiktive Geschossfläche). <sup>2</sup> Ist im Einzelfall nur eine geringere Geschossfläche erreichbar, ist diese maßgebend. <sup>3</sup> Bei späterer Bebauung entstehen Nacherhebungstatbestände in Höhe der Differenz zwischen tatsächlich geschaffener und fiktiver Geschossfläche (§ 3 Abs. 2).

#### § 6 Beitragssatz

Der Beitragssatz beträgt		
1.	je m <sup>2</sup> Grundstücksfläche	1,02 €
2.	je m <sup>2</sup> Geschossfläche	6,90 €.

#### § 7 Fälligkeit

Der Beitrag wird einen Monat nach Zustellung des Beitragsbescheides fällig.

#### § 8 Ablösung, städtebauliche Verträge, öffentliche Last

(1) <sup>1</sup> Der Beitrag kann vor Entstehung des Anspruches abgelöst werden (Art. 5 Abs. 9 KAG). <sup>2</sup> Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht. <sup>3</sup> Die Höhe des Ablösungsbetrages richtet sich nach der Höhe des nach Maßgabe der Satzung entstehenden Beitrages.

(2) Werden nach Inkrafttreten der Satzung in Neubaugebieten Erschließungskanäle von Erschließungsunternehmen als Bestandteile der öffentlichen Einrichtung auf der Grundlage städtebaulicher Verträge oder von Erschließungsverträgen hergestellt und in das Anlagevermögen der Einrichtungsbetreiberin übernommen, entstehen für Grundstücke im Geltungsbereich dieser Verträge, die ausschließlich von ebendiesen Kanälen erschlossen werden, keine Beiträge für die Herstellung der Entwässerungseinrichtung (Vermeidung einer Doppelbelastung der Anlieger mit anteiligem Herstellungsaufwand sowie Beitragszahlungen).

(3) <sup>1</sup> Beiträge sind öffentliche Lasten des Grundstücks (Art. 5 Abs. 7 KAG). <sup>2</sup> Zur Realisierung des Anspruches kann das Grundstück bevorrechtigt verwertet werden (§ 77 AO, § 10 Nr. 3 ZVG).

## **Zweiter Teil**

### **Erstattung der Aufwendungen für Grundstücksanschlüsse**

#### **§ 9**

(1) Die der Stadt entstehenden Aufwendungen für die Herstellung, Anschaffung, Verbesserung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie für die Unterhaltung der Grundstücksanschlüsse sind mit Ausnahme der Aufwendungen, die auf die im öffentlichen Straßengrund liegenden Teile der Grundstücksanschlüsse entfallen, in der jeweils tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten.

(2) <sup>1</sup> Schuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens des Erstattungsanspruches Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist. <sup>2</sup> Mehrere Zahlungspflichtige sind Gesamtschuldner.

(3) Der Erstattungsanspruch entsteht mit Abschluss der jeweiligen Maßnahme.

(4) Der Erstattungsanspruch wird einen Monat nach Zustellung des Leistungsbescheides fällig.

## **Dritter Teil**

### **Gebühren**

#### **§ 10**

##### **Gebührentatbestände**

<sup>1</sup> Die Stadt Augsburg erhebt für die Benutzung der städtischen Entwässerungseinrichtung innerhalb des Betriebsgebietes (§ 23) Gebühren für die Schmutzwasser- (§§ 11 und 12, §§ 16-22), die Niederschlagswasser- (§§ 11 und 13, §§ 16,17 sowie §§ 19-22) und die Grundwassereinleitung (§§ 11 und 14, §§ 16,17 sowie §§ 19-22).<sup>2</sup> Ferner werden Gebühren erhoben für den vorübergehenden Anschluss von Sanitäreinrichtungen (§ 11, § 12 Abs. 6, §§ 16,17 sowie §§ 19-22) und für die Behandlung des abgelieferten Inhalts von Abortgruben und Grundstücks-Kläranlagen (§§ 11 und 15, §§ 16,17 sowie §§ 19-22).

#### **§ 11**

##### **Gebührensschuldner**

(1) <sup>1</sup> Schuldner der Gebühren für die Schmutz- und Niederschlagswassereinleitung (§§ 12 und 13) ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens des jeweiligen Gebührenanspruches Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigter ist.<sup>2</sup> Gebührensschuldner ist auch der Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebes.<sup>3</sup> Gebührensschuldner ist ferner auch, wer nach Eintragung einer Auflassungsvormerkung in das Grundbuch das Grundstück wie ein Eigentümer besitzt, also insbesondere das Gebäude entweder selbst nutzt oder die Miet- bzw. Pachteinahmen des Grundstücks bezieht. <sup>4</sup> Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.

(2) <sup>1</sup> Schuldner der Gebühr für vorübergehend angeschlossene Sanitäreinrichtungen (§ 12 Abs. 6) ist, wer die Einrichtung an die städtische Entwässerungseinrichtung anschließt.<sup>2</sup> Schuldner ist auch derjenige, in dessen Interesse der Anschluss erfolgt.

(3) <sup>1</sup> Schuldner der Gebühr für die vorübergehende Einleitung von Grundwasser in die städtische Entwässerungseinrichtung (§ 14) ist, wer den Antrag auf Einleitungsgenehmigung (§ 15 Abs. 7 Satz 2 EWS) stellt.<sup>2</sup> Gebührensschuldner ist auch derjenige, in dessen Interesse die Einleitung erfolgt (insbesondere der Eigentümer des betroffenen Grundstücks).

(4) Schuldner der Gebühr für die Ablieferung des Inhalts von Abortgruben und Grundstückskläranlagen (§ 15) ist der Anlieferer.

#### **§ 12**

##### **Gebührenmaßstab Schmutzwassereinleitung**

(1) Die Entwässerungsgebühr für die Schmutzwassereinleitung bemisst sich außer in den Fällen des Abs. 6 (vorübergehend angeschlossene Sanitäreinrichtungen) nach der Schmutzwassermenge (§ 3 Nr. 1 EWS), die der öffentlichen Entwässerungseinrichtung von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird.

(2) Wird die dem Kanalnetz zugeleitete Schmutzwassermenge nicht durch vorhandene Abwassermengenmessenrichtungen nachgewiesen (Abs. 5), gelten die dem Grundstück zugeführten Frischwassermengen (Abs. 3) abzüglich der nachweislich auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen (Abs. 4) als Schmutzwasser.

(3) <sup>1</sup> Als Frischwasser gilt das von den Stadtwerken bezogene, das aus Eigenversorgungsanlagen geförderte und das dem Grundstück sonst (z.B. aus Gewässern oder Zisternen) zugeführte Wasser.<sup>2</sup> Eigengeförderte und dem Grundstück sonst zugeleitete Mengen sind durch geeichte und plombierte Messeinrichtungen nachzuweisen, die die Gebührensschuldner auf eigene Kosten zu beschaffen, einzubauen und zu unterhalten haben. <sup>3</sup> Die Einbaustelle einer solchen Messeinrichtung wird im Benehmen mit dem Verpflichteten durch die Stadt bestimmt. <sup>4</sup> Den Beauftragten der Stadt ist Zutritt zur gesamten Versorgungsanlage zu gewähren und die Überprüfung und Ablesung der Messeinrichtungen zu gestatten. <sup>5</sup> Lässt sich die Wassermenge aus Eigenversorgungsanlagen nicht messen, so wird sie von der Stadt geschätzt. <sup>6</sup> Die Schätzung erfolgt anhand von Erfahrungszahlen für den Verbrauch bei Grundstücken ähnlicher Nutzung. <sup>7</sup> Die Gebührensschuldner sind verpflichtet, Veränderungen an den Messeinrichtungen, Entfernen, Auswechseln und Einbau derselben sowie Stilllegung und Wiederinbetriebnahme der Eigenwasserförderungsanlagen der Stadt unverzüglich schriftlich anzuzeigen. <sup>8</sup> Der Betreiber haftet wegen eventueller Beschädigungen

von Plomben nach den zivilrechtlichen Bestimmungen (§§ 823 ff BGB).<sup>9</sup> Die strafrechtliche Verantwortlichkeit nach §§ 263, 267 und 303 StGB bleibt unberührt.

(4)<sup>1</sup> Zugeleitete Frischwassermengen, die nicht in die Entwässerungseinrichtung gelangen, werden auf Antrag abgesetzt, sofern der Verbleib dieser Mengen ausreichend nachgewiesen wird (z.B. Wasser, das zur Gartenbewässerung oder Viehtränkung verwendet wird, verdunstet, verdampft, in Produkte eingeht, in Reststoffen verbleibt oder in Gewässer eingeleitet wird).<sup>2</sup> Der Nachweis ist in erster Linie durch geeichte und plombierte Messeinrichtungen zu führen, die die Gebührenschuldner auf eigene Kosten zu beschaffen, einzubauen und zu unterhalten haben.<sup>3</sup> Den Beauftragten der Stadt ist die Überprüfung und Ablesung der Messeinrichtungen zu gestatten.<sup>4</sup> Ist auf diese Weise ein Nachweis nicht möglich, können anerkannte Erfahrungswerte oder Sachverständigengutachten herangezogen werden.<sup>5</sup> Absetzungsanträge müssen sich auf den jeweiligen Veranlagungszeitraum (§ 18 Abs. 1) beziehen und sollen so rechtzeitig bei der Stadt gestellt werden, dass ihr Ergebnis bei der zeitraumbezogenen Gebührensatzung berücksichtigt werden kann (z.B. zum Ablesetermin der Frischwasserzähler durch die Stadtwerke).<sup>6</sup> Vom Abzug ausgeschlossen ist hauswirtschaftlich genutztes und zum Speisen von Heizungsanlagen verbrauchtes Wasser.

(5)<sup>1</sup> Werden die der Entwässerungseinrichtung zugeleiteten Abwassermengen durch vorhandene Abwassermengenmeseinrichtungen gemessen, die Niederschlagswasser vollständig miterfassen, ergibt sich die gebührenpflichtige Schmutzwassermenge aus der Differenz zwischen der gemessenen Abwassermenge und dem darin enthaltenen Niederschlagswasser.<sup>2</sup> Miterfasstes Niederschlagswasser wird bei der Schmutzwassergebührenberechnung mit einer Durchschnittsmenge von jährlich 700 l pro m<sup>2</sup> anrechenbare Fläche (§ 13 Abs. 1) in Abzug gebracht.<sup>3</sup> Wird Niederschlagswasser nicht vollständig miterfasst, gilt die gemessene Menge als eingeleitetes Schmutzwasser.

(6) Bei vorübergehend angeschlossenen Sanitäreinrichtungen (z.B. Baustellenwagen mit Toiletten, Toilettenwagen u.ä.) wird die Gebühr nach der Zahl der angeschlossenen Spültoiletten berechnet.

### § 13 Gebührenmaßstab Niederschlagswassereinleitung

(1)<sup>1</sup> Die Gebühr für die Niederschlagswassereinleitung bemisst sich nach den überbauten oder befestigten Quadratmeterflächen der Grundstücke, von denen Niederschlagswasser (§ 3 Nr. 1 EWS) unmittelbar oder mittelbar in die städtische Entwässerungseinrichtung abfließen kann.<sup>2</sup> Als überbaute oder befestigte Fläche gilt die mit dem jeweils zugeordneten Gebietsabflussbeiwert (Abs. 2) vervielfachte Grundstücksfläche (reduzierte Grundstücksfläche).<sup>3</sup> Die reduzierte Grundstücksfläche kann widerlegt werden, wenn nachgewiesen wird, dass die tatsächlich bebaute oder befestigte Fläche, von der Niederschlagswasser eingeleitet wird, um mindestens 20 v.H. oder 300 m<sup>2</sup> kleiner ist.<sup>4</sup> Der Nachweis ist dadurch zu führen, dass die Antragsteller an Hand einer Planskizze die einzelnen Flächen mit Niederschlagswassereinleitung genau bezeichnen und ihre Größe angeben.<sup>5</sup> Wird von einem Grundstück Niederschlagswasser eingeleitet, für das in der Abflussbeiwertkarte (Abs. 2) kein Gebietsabflussbeiwert festgesetzt ist (Abflussbeiwert = 0,0), bemisst sich die Gebühr nach der tatsächlich überbauten oder befestigten Fläche mit Regenwasserableitung in die Kanalisation.

(2)<sup>1</sup> Der für das jeweilige Grundstück maßgebliche Gebietsabflussbeiwert ergibt sich aus den Eintragungen in der Abflussbeiwertkarte 1994 im Maßstab 1:10.000, die als Bestandteil dieser Satzung (Anlage) veröffentlicht wird und zusätzlich während der Öffnungszeiten für den allgemeinen Besucherverkehr in den Räumen der Stadtentwässerung in Augsburg, Annastr. 16, Zimmer-Nr. 319 eingesehen werden kann.<sup>2</sup> Der Gebietsabflussbeiwert gibt den statistisch zu erwartenden Anteil der bebauten oder befestigten Flächen an der Gesamtgrundstücksfläche an.<sup>3</sup> Er stellt einen Mittelwert aus der umliegenden Bebauung dar und beruht im wesentlichen auf der Grundflächenzahl der Grundstücke.<sup>4</sup> Er beträgt 0,2 (insbesondere in Zonen mit lockerer Einzel- oder Reihenhausbauung, 0,4 (insbesondere in Zonen mit dichter Einzel-, Reihenhausbauung oder Zeilenbauung), 0,6 (insbesondere bei dichter Bauung in den Randzonen der Innenstadt oder bei Mischbauung) und 0,9 (insbesondere im Altstadt-, Kern- oder Gewerbegebiet).

### § 14 Gebührenmaßstab Grundwassereinleitung

<sup>1</sup> Die Gebühr für die genehmigte Einleitung von Grundwasser in die Entwässerungseinrichtung (insbesondere zum Zwecke einer Grundwasserabsenkung bei Baumaßnahmen oder bei Grundwassersanierungsmaßnahmen) bemisst sich nach der Einleitungsmenge.<sup>2</sup> Die Einleitungsmenge wird bei Grundwasserabsenkungen nach Dauer und Kapazität der eingesetzten Förderpumpen berechnet.<sup>3</sup> Hierzu ist vom Gebührenschuldner ein bei der Stadt erhältliches Formblatt laufend zu führen und nach Beendigung der Einleitung vorzulegen.<sup>4</sup> Wird ein ordnungsgemäßer Nachweis über Art und Umfang der Grundwassereinleitung nicht erbracht, kann die Einleitungsmenge geschätzt werden.

### § 15 Gebührenmaßstab Ablieferung des Inhalts von Abortgruben und Grundstückskläranlagen

Die Gebühr für die Ablieferung des Inhalts von Abortgruben und Grundstückskläranlagen bemisst sich nach dem Rauminhalt der Fäkalabwässer, die von den Entsorgungsfahrzeugen angeliefert werden.

### § 16 Gebührensätze

(1)<sup>1</sup> Der Gebührensatz für die Schmutzwassereinleitung (§ 12) beträgt 1,42 €/m<sup>3</sup>, bei degressiver Gebührenbemessung (Abs. 2) für die – bezogen auf die Jahresabwassermenge - 10.000 m<sup>3</sup> übersteigende Menge 1,13 €/m<sup>3</sup>.<sup>2</sup> Beträgt der Bemessungszeitraum weniger als ein Jahr, wird die Basismenge (10.000 m<sup>3</sup>) zeitanteilig eingebracht.

(2)<sup>1</sup> Bei gewerblichen Betrieben wird der Gebührensatz für die Dauer von fünf Jahren, beginnend ab 01.01.1994, für die jährlich 10.000 m<sup>3</sup> übersteigende Menge degressiv bemessen, wenn der Betrieb vor 1994 Sparvorkehrungen getroffen hat (Abs. 3).<sup>2</sup>

Werden von gewerblichen Betrieben Sparvorkehrungen nach dem 01.01.1994 getroffen, wird der Gebührensatz für die Dauer von fünf Jahren, beginnend mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vorkehrungen zum Abschluss gebracht werden, für die jährlich 10.000 m<sup>3</sup> übersteigende Menge ebenfalls degressiv bemessen.<sup>3</sup> Gewerbliche Betriebe sind Unternehmen im Sinne des Gewerberechts und Gewerbesteuerrechts, aber auch Einrichtungen, die einem Gewerbebetrieb im engeren Sinne darin entsprechen, dass sie im Vergleich zur Wohnnutzung die städtische Entwässerungseinrichtung intensiver in Anspruch nehmen, weil sie ebenfalls erhebliche Abwassermengen einleiten und Sparerfolge deshalb einen schonenden und sparsamen Umgang mit Wasser besonders fördern.

(3)<sup>1</sup> Wassereinsparungen (Abs. 2) müssen sich aus dem Betriebsablauf ergeben (insbesondere Wiederaufbereitung von Brauchwasser, Kreislaufführung z.B. für Kühlwasser oder Änderungen im Produktionsverfahren z.B. Rationalisierungsmaßnahmen) und zu einer Abnahme des Schmutzwasseranfalls von wenigstens 10 v.H. führen.<sup>2</sup> Die erforderliche Abnahme des Schmutzwasseranfalls kann nachgewiesen werden durch eine deutliche Verringerung der jährlichen Einleitungsmenge oder durch Bezifferung einzelner Sparerfolge innerhalb bestimmter Betriebsabläufe, die ggf. durch Sachverständigengutachten abgesichert sein müssen.:

(4) Der Gebührensatz für vorübergehend angeschlossene Sanitäreinrichtungen (§ 12 Abs. 6) beträgt je Spültoilette und angefangenen Monat 15,34 €.

(5) Der Gebührensatz für die Niederschlagswassereinleitung (§ 13) beträgt 0,71 €/m<sup>2</sup>/Jahr.

(6) Der Gebührensatz für die vorübergehende Einleitung von Grundwasser in die Entwässerungseinrichtung (§ 14) beträgt 0,71 €/m<sup>3</sup>.

(7) Der Gebührensatz für die Ablieferung des Inhalts von Abortgruben und Grundstückskläranlagen (§ 15) beträgt 13,00 €/m<sup>3</sup>.

## § 17

### Entstehung des Gebührenanspruchs

(1)<sup>1</sup> Der Gebührenanspruch für die verbrauchsabhängige Schmutzwassereinleitung entsteht mit jeder Einleitung in die städtische Entwässerungseinrichtung.<sup>2</sup> Der Vorauszahlungsanspruch für die Schmutzwassereinleitung (§ 18 Abs. 2) entsteht mit der Anforderung.<sup>3</sup> Der Anspruch für den vorübergehenden Anschluss von Sanitäreinrichtungen entsteht erstmals mit dem Tag, der auf den Zeitpunkt des betriebsbereiten Anschlusses folgt; im übrigen entsteht der Anspruch mit dem Beginn jeden weiteren Monats neu, in dem die Sanitäreinrichtungen angeschlossen bleiben.

(2)<sup>1</sup> Der Gebührenanspruch für die Niederschlagswassereinleitung entsteht bei Neuanschlüssen und Änderungen der persönlichen Gebührenpflicht zu Beginn des Monats, in dem Niederschlagswasser vom Grundstück in die Kanalisation abfließen kann, in Höhe der vollen oder zeitlich reduzierten Vierteljahresgebühr.<sup>2</sup> Im übrigen entsteht der Anspruch mit Beginn des Kalendervierteljahres in Höhe eines Viertels der Jahresgebühr neu, auflösend oder teilauflösend bedingt mit Ablauf des Monats, in dem das Grundstück von der städtischen Entwässerungseinrichtung ganz oder teilweise getrennt wird bzw. die persönliche Gebührenpflicht endet.<sup>3</sup> Wird die befestigte Grundstücksfläche mit Regenwasserableitung in den Kanal vergrößert, entsteht der Anspruch für die hinzugekommene Fläche nach Satz 1.

(3) Der Gebührenanspruch für die Grundwassereinleitung entsteht mit jeder Einleitung in die städtische Entwässerungseinrichtung.

(4) Der Gebührenanspruch für die Ablieferung des Inhalts von Abortgruben und Grundstückskläranlagen entsteht mit der Entleerung der Fahrzeuge zum Zwecke der Fäkalabwasserbehandlung in der städtischen Entwässerungseinrichtung.

## § 18

### Erhebungszeitraum, Vorauszahlungen Schmutzwassereinleitung

(1)<sup>1</sup> Die Gebühr für die Schmutzwassereinleitung wird in der Regel jährlich erhoben.<sup>2</sup> Der Erhebungszeitraum für Grundstücke, die Frischwasser ausschließlich von den Stadtwerken beziehen, entspricht dem Zeitraum, den die Stadtwerke für die Ablesung der Wasserzähler bestimmt haben.<sup>3</sup> Werden Wassermengen selbst gefördert oder wird die Gebühr degressiv bemessen (§ 16 Abs. 2), ist Erhebungszeitraum das Kalenderjahr.

(2)<sup>1</sup> Auf den Gebührenanspruch nach Abs. 1 sind Vorauszahlungen zu entrichten.<sup>2</sup> Grundlage der Vorauszahlungen ist die spätere Einleitungsmenge.<sup>3</sup> Diese wird mit der zuletzt festgestellten Schmutzwassermenge angenommen, die Grundlage einer Gebührenfestsetzung war.<sup>4</sup> Fehlt eine Festsetzung, oder entspricht die zuletzt festgestellte Einleitungsmenge nicht mehr den künftigen Verhältnissen, wird die Schmutzwassermenge für die Vorauszahlungsfestsetzung von der Stadt geschätzt.

## § 19

### Fälligkeit

(1) Die Gebührenansprüche werden zwei Wochen nach Zustellung der Gebührenbescheide fällig.

(2)<sup>1</sup> Abweichend von Abs. 1 werden die jeweils das Kalendervierteljahr betreffenden Vorauszahlungsansprüche für die Schmutzwassereinleitung und die Ansprüche für die Niederschlagswassereinleitung zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. fällig.<sup>2</sup> Auf Antrag kann auch jährliche Zahlungsfälligkeit zum 01.07. des Jahres eingeräumt werden.

## Vierter Teil

### Gemeinsame Vorschriften

#### § 20

<sup>1</sup>Schmutz- (§ 12 BGSE), Niederschlags- (§ 13 BGSE) und Grundwassereinleitungsgebührenansprüche (§ 14 BGSE) sind innerhalb der Benutzungs- und Gebührenschuldverhältnisse mit Grundstücks-, Wohnungs- und Teileigentümern sowie Erbbauberechtigten grundstücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen als öffentliche Lasten auf dem Grundstück, Wohnungs- oder Teileigentum bzw. Erbbaurecht (Art. 8 Abs. 8 in Verbindung mit Art. 5 Abs. 7 KAG); die öffentliche Last erlischt nicht, solange die persönliche Schuld besteht. <sup>2</sup>Der Duldungsbescheid, mit dem die öffentliche Last geltend gemacht wird, ist wie ein Leistungsbescheid zu vollstrecken.

#### § 21

##### Pflichten der Beitrags- und Gebührensschuldner

(1) Die Beitrags- und Gebührensschuldner sind verpflichtet, der Abgabengläubigerin für die Abgabenhöhe maßgebliche Veränderungen unverzüglich zu melden und über den Umfang dieser Veränderungen, auf Verlangen auch unter Vorlage entsprechender Unterlagen, Auskunft zu erteilen.

(2) <sup>1</sup>Im Beitragsbereich sind die Fertigstellung genehmigungspflichtiger und genehmigungsfreier Bauvorhaben anzuzeigen. <sup>2</sup>Außerdem sind die Entfernung baulicher Anlagen, relevante Nutzungsänderungen (§ 3 Abs. 2 Satz 2) sowie nachträgliche Keller- und Dachausbauten mitzuteilen.

(3) <sup>1</sup>Im Gebührenbereich sind insbesondere Eigentümerwechsel unter Angabe von Namen und Anschriften der Erwerber und des Termins, zu dem kaufvertraglich Besitz, Nutzungen und Lasten übergehen, mitzuteilen. <sup>2</sup>Außerdem sind die eigengeführten Wassermengen (§ 12 Abs. 2), die Zählerstände eingebauter Abwassermengenmessen (§ 12 Abs. 5), der Anschluss und die Entfernung vorübergehend angeschlossener Sanitäreinrichtungen (§ 12 Abs. 6), die Vergrößerung befestigter Flächen mit Regenwasserableitung in die Kanalisation (§ 13) und die vorübergehende Einleitung von Grundwassermengen in die Entwässerungseinrichtung (§ 14) anzuzeigen.

#### § 22

##### Datenverarbeitung

(1) <sup>1</sup>Zur Ermittlung der Abgabepflichtigen und zur Feststellung der Abgaben nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten aus der Grundsteuerdatei, dem Grundbuchamt, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde, der zuständigen Meldebehörde und des Katasteramtes durch die Stadt zulässig. <sup>2</sup>Die Stadt darf sich diese Daten von den zuständigen Dienststellen und Behörden übermitteln lassen und zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiterverarbeiten.

(2) Die Stadt ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Abgabepflichtigen und von Daten nach Abs. 1 ein Verzeichnis der Abgabepflichtigen mit den für die Abgabenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten.

#### § 23

##### Betriebsgebiet

<sup>1</sup>Betriebsgebiet der städtischen Entwässerungseinrichtung ist zunächst das Hoheitsgebiet der Stadt Augsburg. <sup>2</sup>Darüber hinaus erstreckt sich das Betriebsgebiet auch auf die nachfolgend aufgeführten Grundstücke in Nachbargemeinden. <sup>3</sup>Durch wirksam mit der Stadt abgeschlossene Zweckvereinbarungen sind Aufgaben und Befugnisse (incl. Satzungsrecht) auf die Stadt Augsburg übertragen worden.

<sup>4</sup>Dies betrifft folgende Grundstücke:

- Zweckvereinbarung mit der Stadt Neusäß vom 21.10.1982 (RABI 1982 S. 155)  
FINrn. 282/2, 282/3 und 282/4 alle Gemarkung Täferingen
- Zweckvereinbarung mit der Stadt Stadtbergen vom 18.12.2009 (RABI 2010 S. 160)  
Kriegshaber Straße: Fl.Nrn. 453/3, 453/4 und 453/18 jeweils Gemarkung Stadtbergen.  
Nestackerweg: Fl.Nrn. 870, 870/3, 870/6, 870/8, 871/3 und 871/4 jeweils Gemarkung Stadtbergen.  
Polkstraße: Fl.Nr. 499 und 1369 jeweils Gemarkung Stadtbergen.  
Ulmer Straße: Fl.Nr. 257, 263/3, 265, 265/1, 265/2, 265/3, 265/13 und 266 jeweils Gemarkung Stadtbergen.  
Ährenhof: Fl.Nrn. 827, 827/1, 827/2, 827/3, 828, 828/1, 828/2, 828/3, 829, 829/1, 829/2, 830, 830/4 und 830/6 jeweils Gemarkung Stadtbergen.
- Zweckvereinbarung mit den Städten Neusäß und Gersthofen (Güterverkehrszentrum) vom 19.02.2010 (RABI 2010 S. 155)  
im Gebiet der Stadt Gersthofen:  
Grundstücke der Gemarkung Gersthofen mit den Flurnummern:  
594/1, 594/2, 594/3, 594/4, 594/5, 594/6, 594/7, 594/8, 594/9, 594/10, 594/11, 594/12, 594/13, 594/14, 594/15, 594/16, 594/17, 594/18, 594/19, 594/20, 594/21, 594/22, 594/23, 594/24, 594/25, 594/26, 594/27, 594/28, 594/29, 594/30, 594/31, 594/32, 594/33, 594/34, 594/35, 594/36, 594/37, 594/38, 594/39, 594/40, 594/41, 594/42, 594/43, 594/44, 594/45 und 594/46  
im Gebiet der Stadt Neusäß:  
Grundstücke der Gemarkung Täferingen mit den Flurnummern  
377/1, 377/2, 377/3, 377/4, 377/5, 377/6, 377/7, 377/8, 377/9, 377/10, 377/11, 377/12, 377/13, 377/14, 377/15, 377/16, 377/17, 377/18, 377/19 und 417/2.

Auf die Anmerkungen zu §§ 1 und 10 wird Bezug genommen.

§ 24  
Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2015 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 27.11.2009 außer Kraft.

Augsburg, 03.12.2014  
Stadt Augsburg

Dr. Kurt Gribl  
Oberbürgermeister

Hinweis: Die Abflussbeiwertkarte 1994 ist auch im Internet auf der Homepage der Stadt Augsburg (<http://www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/rathaus/stadtrecht/themenverzeichnis/>) unter 64 – Entwässerung veröffentlicht.